

## Duale Ausbildung erhalten und stärken –

### Landesausschuss für Berufsbildung Rheinland-Pfalz

Der Landesausschuss für Berufsbildung in Rheinland-Pfalz hat die Aufgabe, „...die jeweilige Landesregierung in Fragen der Berufsbildung zu beraten...“. Im Rahmen dieser Aufgabe hat der Landesausschuss unlängst ein lesenswertes Papier mit dem Titel „Perspektive duale Ausbildung in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht.

Grundlage seiner Empfehlung ist, „...dass für junge Menschen alle Wege offen stehen sollten, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Sie sollten alle Möglichkeiten und Chancen so kennen lernen, dass sie auf dieser Grundlage eine gute, individuell passende Entscheidung treffen können...“.

Bei der Entscheidung, eine Berufsausbildung oder andere Wege einzugehen, spielen u.a. eine Rolle;

- Die Attraktivität und das „Image“ von Ausbil-

Fortsetzung: Seite 2

## INHALT

- ⇒ Duale Ausbildung erhalten und stärken
- ⇒ vlv trifft Hans Beckmann
- ⇒ Landesvorstand zu Gast in Pirmasens
- ⇒ Stellungnahme des Landesverbandes zum „Klemm-Gutachten“
- ⇒ BBSW Koblenz: Informationen für Fachpraxislehrkräfte
- ⇒ Die „schnelle Stunde“ in Bingen
- ⇒ Bezirksversammlung in der Pfalz
- ⇒ Nachruf Klaus Krönung
- ⇒ Ankündigung der Landesversammlung des vlv am 12. November in Trier

Der Landesausschuss für Berufsbildung Rheinland-Pfalz legt den Finger in die Wunde – in seinem Grundsatzpapier benennt der Landesausschuss für berufliche Bildung die Hausaufgaben für die Ministerin und das von ihr geführte MBWWK. Gefordert werden u.a. die **Bereitstellung ausreichender Ressourcen bezüglich der Lehrkräfteversorgung** und die **Verbesserung der Lehr-**



**kräfteversorgung** insbesondere in den Mangelfächern. Auch die Entwicklung eines Konzepts **zur Sicherung von Berufsschulstandorten** vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird gefordert. Diese Forderungen sind mit denen des vlv deckungsgleich. Seit Jahren beklagt der Verband den hohen Unterrichtsausfall an unseren Schulen (real—strukturell + temporär—liegt er bei ca. 10%). Ein Programm zur Gewinnung von Lehrkräften – und dabei kann es nicht nur ein Programm zur Verbesserung des „Images“ sein – ist trotz Versprechungen bisher nicht entwickelt. Am Beispiel des Theaters um die Entwicklung der Schulstandorte im Mainzer Raum zeigt sich auch die Ratlosigkeit des Ministeriums; eine Linie ist hier bisher nicht erkennbar. Mit allen schönen Konzepten verbunden ist die Frage nach der Finanzierung dieser von allen Seiten für notwendig gehaltenen Verbesserungen. Erhebliche Bemühungen sind hier erforderlich. **So wie bisher kann es nicht weitergehen; die Landesregierung muss erklären, wie sie die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen will. Wir werden weiterhin fordern, dass dies nicht, wie bisher üblich, nur auf dem Rücken und auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird.**

## KURZ UND AKTUELL

- ⇒ OVG Koblenz—Urteil: Personalrechtliche Zuständigkeit für FOS-Lehrkräfte nicht bei den BBS-Personalräten
- ⇒ Änderung des Schulgesetzes RLP: Kontakte zwischen Lehrkräften und Schülern eindeutig geregelt
- ⇒ Kommission zur Entwicklung der BBS in Rheinland-Pfalz nimmt Tätigkeit auf
- ⇒ Neuwahlen zu den Personalräten im Mai 2013
- ⇒ Reform der BF 1 wird konkreter

dungsberufen;

- Das Ausbildungsplatzangebot bzw. die Chance auf einen Ausbildungsplatz;
- Die Perspektiven nach der Ausbildung.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang,

- über die mit den verschiedenen dualen Ausbildungsberufen verbundenen Möglichkeiten so gut wie möglich zu informieren;
- die Attraktivität durch Qualität, gute Rahmenbedingungen und Perspektiven im Betrieb zu sichern sowie
- die Attraktivität in der Berufsschule zu sichern.

Der Landesausschuss betont die **wesentliche Rolle der Berufsschule als dualer Partner in der Berufsausbildung**. Hervorgehoben wird als wichtige Aufgabe, die ..“in der Praxis erworbenen betriebsspezifischen Kompetenzen im Sinne einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz weiter zu entwickeln sowie die berufsübergreifenden personalen und sozialen Kompetenzen, auch vor dem Hintergrund der Höherqualifizierung und Weiterbildung, zu komplettieren...“.

Gleichzeitig werden aber auch in folgenden Bereichen „Herausforderungen“ (sprich: Defizite) gesehen:

- Bereitstellung ausreichender Ressourcen, insbesondere bzgl. der Lehrkräfteversorgung;
- Sicherung der Qualität des Berufsschulunterrichts;
- Zusatzangebote für Interessierte zur Stärkung der Studierfähigkeit;
- Verbesserung der Lehrkräfteversorgung in „Mangelfächern“, Imagekampagne zur Erhöhung der Zahl der Lehramts-Studierenden, Umsetzung des Konzepts zur Weiter- und Höherqualifizierung der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes;
- Qualifiziertes Fort- und Weiterbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts;
- Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen (Stütz- und Förderunterricht, Zusatzqualifikationen, Lernbausteinkonzept);
- Konzeptentwicklung für Berufsschulstandorte zur Sicherung der Ausbildungsbereitschaft der

Betriebe, Anpassung der Klassenmessenzen vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen;

- Konzept im Hinblick auf Standortentwicklungen, die Fachklassenstruktur und evtl. Landes- und Bundesfachklassen; gleichzeitig ist stets das Interesse von Auszubildenden, Eltern und Betrieben nach Schulstandorten in der Fläche und kurzen Wegen zur Schule zu beachten.
- Erweiterung der Selbstständigkeit der Schulen.

Auch die Übergangssysteme (insbesondere von der Bundesagentur geförderte Maßnahmen und Teile der Angebote von berufsbildenden Schulen außerhalb der dualen Ausbildung) sollen überprüft und in ihren Potentialen besser als bisher genutzt werden, d.h. die Erfolgsquote für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Übergangssystems sollte verbessert werden. Betont wird aber die Priorität der Aufnahme einer passenden betrieblichen Ausbildung.

Auch den Jugendlichen mit Abitur gilt das Augenmerk des Landesausschusses. Junge Menschen mit Abitur sollen verstärkt für die Berufsausbildung gewonnen werden, z.B. durch ein ausbildungsintegriertes duales Studium. Nach der Ausbildung sollen dementsprechend die berufliche Weiterbildung oder der Hochschulzugang ermöglicht werden. Berufsinintegrierte und berufsbegleitende Studiengänge sollen ausgebaut, beruflich Qualifizierten der Hochschulzugang ermöglicht werden.

Insgesamt bildet das Papier des Landesausschusses eine äußerst lesenswerte Bestandsaufnahme der Probleme und Perspektiven unseres Systems der beruflichen Bildung; Entwicklungstendenzen und Chancen werden aufgezeigt. Eine breite Diskussion muss erfolgen, die Landesregierung hat dazu den Anfang gemacht und eine Kommission zur Zukunft der Beruflichen Bildung in Rheinland-Pfalz eingerichtet, in der auch der **vlw** vertreten ist. Zu hoffen ist, dass die Landesregierung nach der Diskussion mit allen Beteiligten die nötigen, auch finanziellen, Konsequenzen zu ziehen bereit sein wird.

<http://www.mwkel.rlp.de/File/Perspektive-duale-Ausbildung-pdf/>

## vlw trifft Hans Beckmann – Neuer Staatssekretär im MBWWK

Es war keine Zeit zu verlieren – nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt empfing der neue, für die Schulen zuständige **Staatssekretär Hans Beckmann** eine Delegation unter Leitung des Landesvorsitzenden, **Karl-Heinz Fuß**. Der „Neue“ ist vom Fach – seinen Vorbereitungsdienst absolvierte **Hans Beckmann** an einer BBS in Ludwigshafen, er war bei der ADD tätig und danach Abteilungsleiter für Realschulen im MBWWK. In dem Gespräch zeigte sich **Hans Beckmann** – trotz Differenzen zu den Positionen des Verbandes, etwa zur Fachoberschule oder in Besoldungsfragen – als ein kompetenter und aufgeschlossener Gesprächspartner. Bei diesem ersten Gespräch ging es dem Landesvorstand vor allem darum, seine Positionen zu aktuellen bildungspolitischen Fragen zu verdeutlichen. **So betonte Karl-Heinz Fuß, dass die Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung als Bedrohung für den kaufmännischen Bereich angesehen wird.** Sinnvoller wäre es, den Bildungsgang der FOS an der BBS zu verorten, da dort die entsprechend professionalisierten Lehrkräfte zu finden sind. Der Einsatz von BBS-Lehrkräften an der Realschule plus ist äußerst problematisch, da diese dadurch von ihrer „Stammschule“ abgekoppelt sind. **Hans Beckmann** betonte, dass die Frage der Anbindung der an der FOS unterrichtenden Lehrkräfte an die BBS Gegenstand aktueller Überlegungen sei; so wären etwa Abordnungen an die FOS (oder von der FOS an die BBS) denkbar. Er forderte die Beteiligten zur Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse der Schülerinnen und Schüler auf.

**Der berufsbegleitende Aufstieg für Bürowirtschaftslehrkräfte** bildete einen weiteren Schwerpunkt des Gespräches. Hier soll es, im Gegensatz zu früheren Zusagen im Verlaufe des Einigungsstellenverfahrens zur FOS, keine Aufstiegsmöglichkeit geben. Auch die



Möglichkeit der Beförderung zum „Fachlehrer mit beratenden Aufgaben“ (FlmbA) ist stark eingeschränkt worden. Hier wies Staatssekretär Beckmann auf die verkürzte Wartezeit hin. **Hier fordert der vlw die Verkürzung der Wartezeit von bisher zwölf Jahren.**

Einen Schwerpunkt des Gespräches bildete die anstehende **Reform der Berufsfachschule**. Der vlw begrüßte die Übereinstimmungen weiter Teile des Konzeptes mit dem Positionspapier des Verbandes. Positiv sieht der vlw die Einsatzmöglichkeiten für die Lehrkräfte für Fachpraxis, problematisch ist die Umsetzung des Konzeptes für die Schulen im Bereich des Stundenplanes. Als schwierig wird auch die Ballung des Theorieunterrichts zu Beginn der BF1 angesehen. **Hans Beckmann** sicherte in diesen Fragen Offenheit und weitere Gespräche zu.

Zum Abschluss wies **Karl-Heinz Fuß** noch einmal auf die Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung

für Lehrkräfte im kaufmännischen Bereich hin. Den bisher gut funktionierenden Studiengang zum „Diplom-Handelslehrer“ an der Uni Mainz gibt es nicht mehr, stattdessen wird s der Abschluss „Master of Science“ angeboten, der keine Anerkennung durch das MBWWK findet. Der vom Ministerium favorisierte Abschluss zum „Master of

Education“ wird zur Zeit nicht angeboten. In diesem Zusammenhang fordert der Verband nach wie vor eine Attraktivitätssteigerung der Arbeitsbedingungen im BBS-Bereich.

Die Delegation des vlw, neben **Karl-Heinz Fuß** noch **Mechthild Antony-Hatzfeld** und **Michael Lutz**, bedankte sich für ein gutes Gespräch in sachlich-konstruktiver Atmosphäre und wünschte dem neuen Staatssekretär eine glückliche Hand und eine erfolgreiche Tätigkeit im Ministerium.

Abbildung , v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Ute Schmazinski-Damp, (Referentin MBWWK), Mechthild Antony-Hatzfeld, Hans Beckmann. Foto: Michael Lutz

## Landesvorstand zu Gast an der BBS Pirmasens

Auf seiner Reise durch Rheinland-Pfalz war der Landesvorstand zu Gast an der BBS Pirmasens. Den Auftakt auch dieses Besuches bildete das Gespräch mit der Schulleiterin **Liselotte Jung**. Themen des Gespräches waren die Neuordnung der Berufsfachschule 1 sowie die Zukunft der BBS vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, insbesondere in der Fläche. Die Region der Westpfalz ist vom demographischen Wandel besonders stark betroffen, Berufsschulklassen werden kleiner und sollen unter dem Druck der ADD an andere Schulen abgegeben werden – die Schulwege werden weiter, und es besteht die Gefahr, dass



**v.l.n.r.: Michael Lutz, Liselotte Jung, Karl-Heinz Fuß, Andreas Seehaus, Mechthild Antony-Hatzfeld.**

in diesen Berufen in der Region nicht mehr ausgebildet wird – eine Spirale, die sich fortsetzt.

Zum Thema „Neuordnung der Büroberufe“ stand der Delegation des Landesvorstands der Kollege **Udo Letzel** zur Verfügung, der für das Land Rheinland-Pfalz in der Bundeslehrplankommission für die Neuordnung der Büroberufe vertreten ist. Vereinbart wurde eine Aufrechterhaltung der Kontakte, um den Kolleginnen und Kollegen jeweils die neuesten Informationen vermitteln zu können.

Um 15 Uhr begrüßte **Peter Michel**, der Ortsvorsitzende des **vlw**, die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus Pirmasens, Rodalben und Zweibrücken und gab einleitend einen Überblick über die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die beiden Schulen. Einerseits lassen die Schülerzahlen nach, andererseits bedrohen die neu errichteten Fachoberschulen an der Realschule plus die Höheren Berufsfachschulen.

In der anschließenden lebendigen Diskussion ging es um Fragen der Lehrkräfteausbildung (Reform des Vorberei-

tungsdienstes „VD 18“ - Verkürzung des Referendariates auf 18 Monate), die Entwicklung der Schülerzahlen, den Unterrichtsausfall an den BBS, die Öffentlichkeitsarbeit der BBS angesichts neuer Konkurrenzsituationen, die Reform der Berufsfachschule 1 und Perspektiven der Verbandsarbeit. Zum Abschluss wies **Karl-Heinz Fuß** noch auf den Termin der Landesversammlung am 12. November in Trier hin. Auf dieser Landesversammlung sollen die aktuellen und brennenden Themen ausführlich diskutiert werden; an



diesem Diskussionsprozess sollen sich die Ortsverbände und Bezirke intensiv beteiligen. Karl-Heinz Fuß bedankte sich beim gastgebenden Ortsverband und überreichte zum Schluss den schon obligatorischen „vlw-Locher“ an **Peter Michel**.

### Stellungnahme des vlw-Landesverbandes zum „Klemm-Gutachten“ zum Lehrkräftebedarf in RLP:

....Es ist seit langem eine unserer Forderungen, dass der zukünftige Lehrkräftebedarf, insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schulen, antizipiert und dargestellt wird. Wir haben vor diesem Hintergrund das Gutachten mit hohem Interesse zur Kenntnis genommen. Allerdings sehen wir an einigen Stellen unsere Erwartungen nicht erfüllt bzw. sind skeptisch, ob die abgebildeten Werte geeignet sind, die zukünftige Versorgung an Lehrkräften im BBS-Bereich sicher zu stellen. Bitte lesen Sie dazu unsere folgenden konkreten Ausführungen:

Auf Seite 8 des Gutachtens sind für inklusive Angebote 200 VZLE vorgesehen, allerdings keine davon für die BBS. Dabei sind auch für die BBS ausgebildete Kräfte dringend nötig, wenn man inklusiven Unterricht durchgängig anbieten möchte. In der Regel besuchen Absolventen der Förderschulen anschließend die berufsbildenden Schulen. Auch wenn es bis dahin keine Förderschulen mehr geben sollte, ist zu erwarten, dass die schwachen Schüler aus der Realschule plus frühzeitig an die BBSn abgegeben werden. Die BBSn sind deshalb dringend auf die entsprechenden Fachkräfte angewiesen.

Begrüßenswert ist durchaus die Absicht, die Zahl der VZLE für Verbesserungen an den Berufsfachschulen um 50 zu erhöhen. Leider gibt es jedoch keine Bestrebungen, die Berufsfachschule in eine Ganztagschule mit den entsprechenden Einrichtungen umzuwandeln. Dabei wäre es insbesondere für diese Schülerinnen und Schüler sinnvoll und wichtig, Einrichtungen nutzen zu können, wie man sie aufgrund der Zuschüsse i.d.R. nur an Ganztagschulen findet. Dies sind insbesondere Mensen, Schülerarbeitsräume, Bibliotheken etc. Es darf nicht übersehen werden, dass es sich um eine Schulform handelt, die zum qualifizierten Sek-I-Abschluss führt. Sowohl Realschule plus als auch die G8-Gymnasien können Ganztagsangebote für solche Schüler vorhalten. Weshalb dann nicht die berufsbildende Schule?

Die vorgesehenen 65 Stellen für die Fachoberschule sehen wir als kritisch an, da diese nicht optimal im Bereich der Fachoberschule eingesetzt werden können. Durch die organisatorische Abkoppelung von der berufsbildenden Schule, werden diese Lehrkräfte in der Regel mit einem erheblichen Anteil im Sek-I-Bereich der Realschule plus unterrichten. Dafür sind sie eigentlich zu teuer. Zudem fällt gleichzeitig Unterricht bei uns im Sek-II-Bereich aus. Die Lösung des Problems sieht der **vlw** in der Verlagerung der FOS an die berufsbildende Schule. Dies würde zudem eine ganze Reihe weiterer Probleme lösen, wie z.B. die personalvertretungsrechtliche Zuordnung und die Anbindung der FOS-Kollegen an das System der BBS.

Tabelle 16 des Gutachtens weist aus, dass die Zahl der ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen stetig zunimmt. Gleichzeitig ist in Tabelle 21 klar zu sehen, dass der geplante Bedarf anhand der erwarteten Absolventen nicht gedeckt werden kann. Somit wird die Deckungslücke zunehmend größer werden. Es zeigt sich dringender Handlungsbedarf im Bereich „Image-Werbung“ für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Das Signal, dass durch die Darstellung des Bedarfs im Schuljahr 2016/17 gegeben wird, ist fatal. Es kann nicht sein, dass lediglich 72 Personen eingestellt werden sollen, vor dem Hintergrund des auch sicherlich bis dahin noch hohen strukturellen Unterrichtsausfalls.

Die Entlastung des Studienseminars durch die Umstellung auf VD18 kommt den Schulen zugute, da entlastete Fachlehrer für Unterricht an ihrer Stammschule zur Verfügung stehen. Es ist jedoch bedauerlich, dass die Gelegenheit nicht genutzt wird, Raum für qualitative Verbesserungen in der Ausbildung zu gewähren. Die hohe Zahl an Absolventen im Jahr 2014 (Tabelle 17) basiert auf der Annahme, dass gleichzeitig die ersten Absolventen aus VD 18 und die letzten aus VD 24 ausscheiden. Es stellt sich uns allerdings die Frage, ob an dieser Stelle berücksichtigt wurde, dass im BBS-Bereich zu ca. 50% Quer- und Seiteneinsteiger ausgebildet werden,

die nach wie vor einen 2jährigen Vorbereitungsdienst durchlaufen.

Insgesamt sind die im **vlw** organisierten Kolleginnen und Kollegen enttäuscht, dass im BBS-Bereich lediglich eine Halbierung des strukturellen Unterrichtsausfalls angestrebt wird. Zudem wurde bei der Pressekonferenz von Prof. Klemm darauf hingewiesen, dass dies nur dann realisierbar sein wird, wenn in den Mangelfächern genügend Bewerber zur Verfügung stehen. Wie soll man jedoch die Zahl der Bewerber erhöhen, wenn die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen zunehmend reduziert wird (Beispiele: Verschlechterungen bei Besoldung und Beihilfe; Beförderungsstau, etc.).

Zum strukturellen Unterrichtsausfall kommt der temporäre hinzu. Aufgrund der Erhebungen kann davon ausgegangen werden, dass dieser bei durchschnittlich 3% liegt. Wenn nun struktureller und temporärer Unterrichtsausfall addiert werden, entsteht eine erschreckend hohe Zahl von knapp 10%. Selbst bei Halbierung des strukturellen Unterrichtsausfalls auf 3,2% kämen man somit immer noch auf 6,2% Unterrichtsausfall in der Summe. Dies ist unseres Erachtens immer noch deutlich zu hoch und als Zielsetzung, wie zu Beginn gesagt, enttäuschend.

**Karl-Heinz Fuß**  
**Landesvorsitzender**

[http://www.mbwwk.rlp.de/fileadmin/mbwj/Unterrichtsversorgung/Klemm\\_Gutachten\\_lang.pdf](http://www.mbwwk.rlp.de/fileadmin/mbwj/Unterrichtsversorgung/Klemm_Gutachten_lang.pdf)

#### **Aktuell aus der Pfalz: BBS Pirmasens beim „Pfälzerwald-Lauf 2012“**

So sehen Sieger aus: Nach dem „Pfälzerwald-Lauf“ präsentierten sich die munteren Sportler der **BBS Pirmasens**, verstärkt durch einen Gast aus Rheinhessen, der Kamera von Landesvorstands-Mitglied **Bernd Zinssius**.



## BBSW Koblenz: Informationen für Fachpraxis-Lehrkräfte

Im Rahmen eines Informationsaustausches an der BBSW Koblenz am 11.06.2012 für Fachpraxislehrerinnen und -lehrer wurde u. a. die Problematik der Beschäftigungs- und der Aufstiegsmöglichkeiten von Seiten des **vlw**-Landesvorstandes thematisiert. Anwesend waren **Karl-Heinz Fuß, Michael Lutz, Kurt Flöck und Ilona Meuth-Bach** (als Vertreterin der fachpraktischen Lehrkräfte im **vlw**). Aufgrund der Änderungen der Lehrpläne (aktuell auch im Rahmen der Neuordnung der Büroberufe), in denen Fächer wie



Bürowirtschaft und Textverarbeitung nicht mehr als eigenständiges Fach auftauchen sollen und aufgrund der Bedarfslage werden in diesem Schulaufsichts-

bezirk gegenwärtig keine Lehrkräfte für Fachpraxis in diesem Bereich in die Ausbildung genommen (in den anderen Schulaufsichtsbezirken sieht es ähnlich aus). Auch hinsichtlich der Ausbildung zum Fachlehrer mit beratenden Aufgaben ist perspektivisch nicht mit Neuausschreibungen zu rechnen. Einigkeit besteht darüber, dass die Bezeichnung „Fachlehrer mit beratenden Aufgaben“ ersetzt werden müsste, da Beratungen an anderen Schulen eigentlich nicht stattfinden - eine weitere Gefahr, die dazu führen könnte, diese Beförderungsmöglichkeit in Gänze zu kippen. Bezüglich der Aufstiegsqualifikation für Bürowirtschaftslehrkräfte, analog zu ersten Möglichkeiten im gewerblichen Bereich (hier gibt es eine Kooperation mit der Universität Kaiserslautern), gibt es zurzeit keine Angebote – der **vlw** befürchtet, dass in der Hinsicht von Seiten des Ministeriums nichts angeboten wird. Die Bedenken der Anwesenden waren sehr stark, was die Bereiche Einsatzgebiete und der Erhalt des Aufstiegs nach A12 betraf. Die langen Wartezeit von 12 Jahren wird als deutlich zu lang empfunden. Der **vlw** muss erreichen, dass die gegenwärtigen Lehrkräfte für Fachpraxis weiterhin die Möglichkeit haben, diesen Aufstieg zu schaffen und dass die Wartezeit verkürzt wird. Im Rahmen der BF 1-Reform werden breite Beschäftigungsfelder für Lehrkräfte für Fachpraxis gesehen, wie auch in anderen Ausbildungsberufen. Hier gilt es, sich stark zu machen für eine adäquate Beschäftigungssituation an den jeweiligen Schulen, die Fortbildungsinstitute aufzufordern, ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten bereitzustellen, und sich im Ministerium dafür einzusetzen, eine in Art und Umfang angemessene Aufstiegsprüfung nach A12 zu erhalten.

## Die „schnelle Stunde“ – Fortbildung für Berufseinsteigerinnen – und Berufseinsteiger in Bingen

Am 6. September 2012 trafen sich in den Räumen der BBS Bingen 18 Kolleginnen und Kollegen zur „Fortbildung für Berufseinsteiger“. Nach der Begrüßung durch die stellv.



Landesvorsitzende des **vlw**, **Mechthild Antony-Hatzfeld**, wurden unter der Leitung von **Eva Pertgen** (siehe Foto), Mitglied des Landesvorstands, und ihres Kollegen **Bernhard Bohrer** Fragen wie die Leitung von Vollzeit- und Teilzeitklassen, die „schnelle Stunde“, lehrerfreundliche Klassenarbeiten und der Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern gemeinsam behandelt. Die Kolleginnen und Kollegen haben ja das Problem, dass nach den sehr aufwändigen Unterrichtsentwürfen in der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung die 24 Wochenstunden einen Berg bilden, der erst einmal erklommen werden muss. Hierbei möchte der **vlw** helfen, er möchte den jungen Lehrkräften Hilfe und Unterstützung anbieten. Nach einem gemeinsamen Mittagessen und vielen Gesprächen kamen alle Beteiligten zum Ergebnis, dass das Seminar hierbei geholfen hat. Der **vlw** wünscht allen viel Erfolg bei der Umsetzung, und dankt vor allem allen Kolleginnen und Kollegen, die bei der Konzeption und Umsetzung dieser Fortbildungsveranstaltung geholfen haben.

## Im Zeichen der Personalratswahlen 2013: Bezirksdelegiertenversammlung in der Pfalz

„Fünf Jahre 1% sind für unsere Kolleginnen und Kollegen demotivierend und völlig inakzeptabel“, darin waren sich die Delegierten der Pfalz einig! Der Antrag des Bezirksvorstandes, sich beim dbb Rheinland-Pfalz nachdrücklich für konzertierte Aktionen gegen die vom Land beschlossenen Gehaltserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten einzusetzen, wurde von den Delegierten vehement unterstützt. Die Begrüßung der Delegierten erfolgte durch den Bezirksvorsitzenden **Andreas Seehaus**. Zunächst informierte der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** die Anwesenden über aktuelle bildungspolitische Themen, wie z.B. das

„Klemm-Gutachten“ zum künftigen Lehrerberuf in Rheinland-Pfalz, über die geplanten Reformen in der BFI und gab einen Ausblick auf den Personalratswahlkampf im Mai 2013.

Andreas Seehaus berichtete über die Veranstaltungen der letzten beiden Jahre, unter anderem die Sitzungen des Bezirksvorstandes, die jährlichen Treffen der Pensionärinnen und Pensionäre, die Seminarveranstaltungen und über weitere Tätigkeiten. **Matthias Hein** informierte über die wichtigsten Ausgabenbereiche des Bezirksverbandes, ferner über den Kassenbestand. Dabei konnte Herr Hein eine sehr sparsame Haushaltsführung des Bezirksvorstandes belegen sowie die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Rücklagen erhöht wurden.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden und des Kassierers stand die Neuwahl des Bezirksvorstandes an. In geheimer Abstimmung wurde **Andreas Seehaus** von der BBS Landau und Mitglied des Bezirkspersonalrates, mit 100% der abgegebenen Stimmen zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende **Peter Michel** von der BBS Pirmasens wurde ebenfalls ohne Gegenstimme in seinem Amt bestätigt. Beide bedankten sich bei den Delegierten für das entgegengebrachte Vertrauen. Es folgten Abstimmungen über die Delegierten der Ortsverbände für die bevorstehende Landesdelegiertenversammlung am 12. November in Trier und die Abstimmung über die Kandidaten des Bezirksverbandes für die Landeslisten des Haupt- und Bezirkspersonalrats.

Außerhalb der Tagesordnung wurde **Heinz Werner Seyler**, stellvertretender Schulleiter an der BBS Wirtschaft in Kaiserslautern, für sein langjähriges Engagement für den Verband geehrt und gewürdigt.

Auf sehr persönliche Art und Weise lobten **Frieder Heil** und **Andreas Seehaus** den Kollegen **Heinz Werner Seyler** für über 30 Jahre geleistete Arbeit im größten Ortsverband des Bezirks der Pfalz sowie für seine langjährige Mitarbeit im Bezirksvorstand und sein Engagement bei unzähligen Veranstaltungen. Sein im „positiven Sinne kritischer Geist“, seine geradlinige und aufrichtige Art wurden besonders hervorgehoben.

Es folgten noch fruchtbare Diskussionen über verschiedene Anträge für die Landesdelegiertenversammlung.

In seinem Schlusswort bedankte sich **Andreas Seehaus** ausdrücklich bei den Delegierten, insbesondere bei den Ortsvorsitzenden, für ihr Engagement in den Schulen.



**Heinz Werner Seyler und Frieder Heil**



**Lisa Gräber**  
**Heinrich Vögeler**  
**Andreas Seehaus**  
**Jürgen Schwind**  
**Peter Michel**  
**Freddy Baque-**  
**Es fehlen:**  
**Mechthild Antony-**  
**Hatzfeld,**  
**Udo Bracke**

### Klaus Krönung

Am 27. April verstarb, plötzlich und unerwartet, unser Freund und Kollege, **Dipl.-Hdl. Klaus Krönung**, im Alter von nur 68 Jahren. Klaus Krönung nahm 1974 seine Tätigkeit an unserer Schule, der BBS Bingen, auf und wirkte zuletzt, bis zu seiner Pensionierung im Juli 2007,



in verantwortlicher Position als Studiendirektor bei der Schulleitung. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand blieb **Klaus Krönung** unserer Schule und seinen Kolleginnen und Kollegen, wie auch dem **vlw** auf seinen Bezirks- und Landesversammlungen, mit großem Engagement und Interesse eng verbunden.

**Klaus Krönung** liebte seine Heimat, den Rheingau und den Mittelrhein, die er jahrzehntelang mit uns auf dem Fahrrad durchquerte. Für die BBS Bingen bemühte er sich, über seine Pensionierung hinaus, um die Schulpartnerschaft zur BBS in Sonneberg (Thüringen). Wir alle vermissen **Klaus Krönung** und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Kindern und Enkelkindern.

Peter Kempf, Ortsvorsitzender

Michael Lutz

**Verantwortlich:** Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
**Geschäftsstelle:** Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden  
[www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)



**Redaktion:** Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c  
Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372  
[Michael.Lutz@vlw-rlp.de](mailto:Michael.Lutz@vlw-rlp.de)  
[michaellutz2@gmx.net](mailto:michaellutz2@gmx.net)

An alle vlw-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 28. August 2012

Einladung zur ordentlichen

## **vlw-Landesdelegiertenversammlung**

**Termin:** 12. November 2012, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr

**Ort:** Robert-Schumann-Haus, Auf der Jüngt 1,  
54293 Trier, Tel. 0651/8105-431  
[www.kath-akademie-trier.de](http://www.kath-akademie-trier.de)

**Vorläufige Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl einer Versammlungsleiterin/eines Versammlungsleiters, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Bericht des Landesschatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache und Entlastung des Vorstands
7. Wahlen
- 7.1 Wahl des Landesvorstands
- 7.2 Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur HPR-Wahl
- 7.3 Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur BPR-Wahl
8. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
9. Ernennung von Ehrenmitgliedern
10. Beschlussfassung zu den Anträgen
11. Verschiedenes
12. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen vlw-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis **spätestens 8. Oktober 2012** an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.